

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 20 (1940-1941)  
**Heft:** 11

**Rubrik:** Politische Rundschau

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 19.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Politische Rundschau

## Zur Lage.

Die innerpolitische Entwicklung der Eidgenossenschaft hat im Laufe des Monats Januar 1941 verschiedene bedeutsame Ereignisse gebracht, die durchwegs als das Ergebnis der mit zunehmender und ebenso unerbittlicher Schärfe sich abzeichnenden Einflüsse der Kriegsentwicklung anzusprechen sind. Da wäre an wichtigster Stelle zu erwähnen die Einleitung und erste Kampfentwicklung der von Herrn Dr. Wahlen nicht nur angeregten, sondern mit gesteigerter Entschlossenheit vertretenen „Anbau-schlacht“. Heute ist dieser Kampf längst zum offiziellen Programmpunkt des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements erhoben worden, nachdem Herr Bundesrat Stampfli noch in der Dezembersession den „Plan Wahlen“ gewissermaßen als persönliche Angelegenheit seines Verfassers zu apostrophieren beliebt und damit eine spürbare Distanzierung für richtig befunden hatte. Auch hier scheint wieder einmal erst das Volk in seiner begeistertsten Aufnahmefähigkeit und durch diese dem Bundesrat den nötigen „Stupf“ gegeben zu haben — es hat also die Funktion jener echt demokratischen Wagenschmiere erst den Karren in Gang gebracht, die zu den unerläßlichen Requisiten eidgenössisch-staatsmännischer Produktion zu gehören scheint.

Gleichermaßen als direkte Folge zunehmenden Kriegsdruckes sind die folgenden drei Etappen auf dem Wege der eidgenössischen Politik zu werten:

1. Am 15. Januar erging der Beschluß des Bundesrates, die französischen Internierten, im Einverständnis mit der deutschen und der französischen Regierung, heimzuschaffen, mit Einschluß der von Frankreich dringend benötigten Pferde, unter Ausschluß aber des Kriegsmaterials, dessen direkte Überweisung an Deutschland auf Grund einer Vereinbarung zwischen den Trägern des Waffenstillstandes verfügt wurde. Dagegen bleiben die polnischen Internierten im Lande — jedoch ohne ihr Material. Heftige Angriffe auf Bundesrat Pilet, die hauptsächlich von Linksseite, mit besonders geschärfter Klinge aber von einer neuen illustrierten Tageszeitung geführt wurden, waren die Folge. Es bedurfte

— „ach man will auch hier schon wieder nicht so wie die Geistlichkeit“ —

der Erhebung des Befehlsstabes in der Berner Luisenstrasse, um die unangenehme Polemik zum Schweigen zu bringen.

In erster Linie nun mußte „das Volk“ aus der amtlichen Mitteilung des Bundeshauses erfahren, daß die direkt beteiligten Träger des Waffenstillstandes sich schon Mitte November über die Repratriierung der französischen Internierten geeinigt hatten. Dem Leser mußte diese Kundgabe recht erstaunlich erscheinen; weniger erstaunlich allerdings erschien die zweimonatige Zwischenpause aus der Perspektive der ziemlich hartnäckigen Verhandlungen, die tatsächlich diese Zeit wohl ausgefüllt hatten. Die Schweiz hatte nämlich verlangt, daß auch die polnischen Internierten mitübernommen würden, und zwar mit der Begründung, es sei von uns eine geschlossene französische Heeresinheit, nämlich das 45. Armeekorps, als solche übernommen worden; dessen Zusammensetzung aber

könne die Schweiz nicht berühren. Trotzdem diese Auffassung entschlossen und, wie aus der zweimonatigen Verhandlungszeit ersichtlich, auch hartnäckig vertreten wurde, sind wir leider mit ihr nicht durchgedrungen.

Was nun den hauptsächlichsten Anstoß in der Öffentlichkeit bildete, nämlich die direkte Auslieferung des Materials — und zwar allen Materials, also auch des von den polnischen Truppen mitgeführten, an Deutschland — so stützte sich der Bundesrat bei dieser Maßnahme auf juristische Gutachten, welche dieses Vorgehen als im Einklang mit unseren Pflichten als neutraler Staat stehend erklärten. Hier setzten die scharfen Angriffe gegen Herrn Pilet ein; daß als Spitzenvertreterin in der Attacke jene „Illustrierte“ erschien, war besonders pikant — hatte man doch, aus gewissen Kenntnissen, von dieser Seite das gerade Gegenteil erwartet! Leider gingen gewisse Angriffe recht weit; aber sie fanden fruchtbaren Boden bis in rechtsbürgerliche Blätter hinein. Am Ende blieb — so oder so — ein etwas bitterer Nachgeschmack. Weshalb hatte man übrigens die auswärtige Kommission des Nationalrates und die Vollmachtenkommission nicht vorgängig einberufen, obwohl diese unmittelbar darauf zusammentreten konnten? Liegt der Grund vielleicht darin, daß es, wie man hört, mit der Diskretion in diesen parlamentarischen Kommissionen nicht zum Besten bestellt ist?

Berteidiger sind eigentlich Herrn Pilet nur sehr wenige erstanden, und auch diese hielten sich eher im Bereich einer sehr spürbaren Reserviertheit; aber einer machte hier eine Ausnahme, und es war nicht der erste Beste: Am 24. Januar erschien im Luzerner „Waterland“ unter der massiven Überschrift: „Ein Skandal“ eine scharfe Attacke gegen die Kritiker des Herrn Pilet; es war ein eigentlicher Husarenritt, und der Reiter entfesselte sein angestammtes und nicht umzubringendes Temperament wie ein Junger; und doch war es der Nestor des Nationalrates, Herr Dr. Heinrich Walther, der diesen Aufsatz schrieb. In Vielem wird man seinem Verfasser ohne weiteres beizustimmen haben; tatsächlich sind gar zu viele Leute heute bereits wieder so weit, daß sie es nicht mehr fertig bringen, unsere Lage inmitten eines von den Achsenmächten beherrschten Kontinents mit klaren Augen zu erkennen und die Folgerungen daraus zu ziehen, ohne dann gleichzeitig defaitistischen Anwandlungen zu verfallen. Wenn der Verfasser des Aufsatzes Herrn Bundesrat Pilet in Schutz nahm, so geschah dies, wie man spürte, freilich auch nicht ganz ohne jeden Vorbehalt; allein mit der Brandmarkung gerade der Haltung der sozialdemokratischen Presse verlieh er seinen Ausführungen zweifellos das breite Gefälle zum Grundsätzlichen hin; so wenn er unumwunden erklärte, daß diese Vorgänge die Lösung des eigentlichen Grundproblems der kriegsbedingten eidgenössischen Politik nicht zu erleichtern vermöchten, nämlich das Problem der sozialdemokratischen Beteiligung an der Bundesregierung; und doch enthielt gerade dieser grundsätzliche Teil wieder einen Satz, der, aus der Feder des alten katholisch-konservativen Kämpfers und ersten Kenners der eidgenössischen Staatsnotwendigkeiten geflossen, besondere Beachtung verdient:

„Sicher sprechen manche Gründe für eine solche Beteiligung und es gibt manche geistig führende Sozialisten, wie Grimm, Klöti, Nobs, Jlg, Marbach u. a., deren Mitarbeit wertvoll sein dürfte“.

Aber — so schloß der trotz aller Schärfe der Formulierung nachdenkliche Aufsatz — erst wenn die anderen sozialistischen Prätorianer sich umstellen würden, wäre der Befähigungsausweis zur Beteiligung erbracht. — Damit aber

kommen wir zur zweiten wichtigen Etappe eidgenössischer Politik im Rahmen dieses Berichtes.

2. Am 15. und 16. Januar tagte die Vollmachtenkommission des Nationalrates zur Behandlung der sozialdemokratischen Initiative auf Erweiterung und Volkswahl der Bundesrates. Zwar lehnte sie die Initiative mit 18 zu 6 Stimmen ab, aber mit 17 zu 7 Stimmen sprach sie sich grundsätzlich zugunsten eines Gegenvorschlages aus, der, im Benehmen mit dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement, so rechtzeitig fertiggestellt und dem Bundesrat zur Behandlung und Entscheidung zugeleitet werden soll, daß er in der Märzsession der eidgenössischen Räte zur Beratung und Abstimmung kommen kann. Je nach dem Ergebnis wären Initiative und Gegenvorschlag, resp. die Initiative allein dem Volke und den Ständen zu unterbreiten; wenigstens darüber besteht unter Anhängern und Gegnern der Erweiterung des Bundesrates Einstimmigkeit, daß diese grundsätzliche Frage dem **V o l k s e n t s c h e i d** unter keinen Umständen entzogen werden soll. Kurz vor dieser Entscheidung der Vollmachtenkommission hatte sich der Bundesrat — und zwar in einem durch zwei neue Mitglieder veränderten Gremium — erneut auf seine bereits letztes Frühjahr eingenommene ablehnende Haltung — nicht nur gegenüber der Volkswahl, sondern auch gegenüber der Erweiterung des Bundesrates — festgelegt. Die Frage ist nur, wie schwer, unter den gegebenen personellen Umständen, diese „Festlegung“ am Ende ins Gewicht fallen wird!

Der neue Chef des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, Herr von Steiger, ist, wie wir richtig zu vermuten glauben, jedenfalls ein entschiedener Anhänger der Beteiligung der Sozialdemokraten an der Landesregierung — ob er auch Anhänger der Erweiterung des Bundesrates ist, bleibe dahingestellt. Gerade diese Differenzierung aber sollte endlich gegenüber steten Verwischungsversuchen deutlich festgehalten werden. Die Presse scheint nämlich in ihrer Mehrheit Beteiligung und Erweiterung für siamesische Zwillinge zu halten. Zu Unrecht. Nähme man, wie Herr Heinrich Walther dies wohl zu tun scheint, grundsätzlich den Standpunkt ein, eine Vertretung der größten schweizerischen Partei in der Bundesregierung sei wohl angesichts der entscheidenden Umstände und des umfassenden Charakters der dem Lande in allen seinen Bürgern gestellten Aufgaben, unter gewissen klar festgelegten Vorbedingungen zu rechtfertigen, — nähme man, weitergehend, den Standpunkt ein, diese Beteiligung sei aus staatspolitischen Ermägungen direkt zu fordern — auch dieser Standpunkt läßt sich heute vertreten — so ist noch lange nicht gesagt, daß deswegen die Zahl der Bundesräte erweitert werden müßte. Zur Zeit stellt der Freisinn, der längst nicht mehr Mehrheitspartei ist, vier Bundesräte, während die Katholisch-Konservativen deren zwei, die Bauern einen stellen. Die Lösung ließe sich wohl denken, daß der Freisinn vorerst auf einen Sitz verzichtete, um damit jene „Große Koalition“ zu ermöglichen, die ja gerade aus seinen Kreisen mit besonderer Eindringlichkeit gefordert wird. Erinnern wir uns in diesem Zusammenhang daran, daß auch während des Weltkrieges, in den Jahren 1916 bis 1918, das Problem der Erweiterung des Bundesrates zur Debatte gestanden hat; eine Initiative der Welschen, die übrigens, soweit bürgerlich, heute die schärfsten Gegner der Erweiterung sind, suchte damals auf diesem Wege eine stärkere Vertretung für die romanische Schweiz zu erreichen; im März 1918

wurde der welsche Antrag, nachdem er vordem vom Ständerat gutgeheißen worden war, vom Nationalrat mit 72 zu 52 Stimmen abgelehnt und das Problem damit erledigt, nachdem inzwischen die Welschen durch die Berufung des Herrn Ador eine relative Befriedigung der von ihnen geltend gemachten Ansprüche erlangt hatten.

3. Am 31. Januar erging der Beschluß des Bundesrates, eine „Verbindungsstelle für das Pressewesen“ ins Leben zu rufen. Der Beschluß erfolgte, nachdem erst das Vorfeld im Benehmen mit den Berufsorganisationen der Presse und der Zeitungsverleger bereinigt worden war. In dieser Bereinigung liegt die interessante und bei der ganzen Angelegenheit ausschlaggebende Vorgeschichte der neuen Einrichtung, deren Träger nicht Bundesbeamter sein wird und die ihrem Charakter nach keinesfalls als „Bundesamt“ angesehen werden darf. Es ist dies einer der entscheidenden Punkte in einer Entwicklung, die der Öffentlichkeit zu einem großen Teile erst nachträglich andeutungsweise bekannt geworden ist. Der Bundesrat hatte ursprünglich beabsichtigt, ein „Presseamt“ zu schaffen. Kritische Leute hatten ihm die Absicht einer „Dirigierung“ der Presse unterschoben. Dieses „Presseamt“ ist bereits wieder begraben, bevor es sich nur richtig erheben konnte — und das ist gut so. Denn die Freiheit der Presse, zweifellos einer der wichtigsten Pfeiler im Aufbau des demokratischen Volksstaates, unterliegt bereits scharfen kriegsbedingten Einschränkungen. Nun ist zwar zugegebenermaßen mit diesem wertvollen Gut unserer staatlichen Existenz viel Mißbrauch getrieben worden; allein es wäre im vitalen Interesse des Landes verfehlt, aus solchen Mißbräuchen weitere Einschränkungen im Grundsatz abzuleiten. Gerade zu Zeiten, wo die Verbindung zwischen den Behörden und dem Volk, wo zumal das gegenseitige Verständnis oftmals zu fehlen scheint, darf die Presse niemals zum bloßen Organ behördlicher Allwissenheit herabgewürdigt werden; sie muß vielmehr im Gegenteil ihre Funktion als Ventil der Volksstimmung mit ihren Fluktuationen frei erfüllen können. Nähme man ihr diese notwendige, dem demokratischen Volksstaatsorganische Funktion — gesteigerte Unzuträglichkeiten im Leben dieses demokratischen Volksstaates, den kein verantwortungsbewußter Schweizer jemals anzutasten gewillt sein mag, schwere Schäden an seinem Bestande wären die Folge. Inwieweit nun der Bundesrat mit der Schaffung eines „Presseamtes“ eine noch verstärkte Leitung der Presse beabsichtigt hatte, sei hier nicht näher untersucht; allein es bestand unter der Einwirkung gewisser Einflüsse zweifellos die Gefahr, daß die bereits bestehende — und zu Recht bestehende! — militärische und neutralitätspolitische Pressekontrolle auf die öffentlichen Auseinandersetzungen über interne schweizerische Angelegenheiten ausgedehnt werden könnte. Einer solchen Absicht mußte, wo sie bestanden hat, entgegengetreten werden; denn aus einer solchen Maßnahme hätte ein Schaden entstehen können, der in seiner inneren Bedeutung selbst gelegentliche scharfe Mißbräuche einzelner Presseorgane weit übertroffen, keinem solchen Mißbrauch in seiner Wirkung überhaupt nur hätte vergleichbar sein können. Zudem hätte solche Maßnahme die Gefahr mit sich gebracht, daß der Bundesrat vor dem Ausland am Ende mit der Verantwortung für alles belastet worden wäre, was in unseren allein über vierhundert Tageszeitungen enthalten sein konnte.

Diese Gefahr ist abgewendet. Nach den Aufklärungen, welche der Chef des Eidgenössischen Departements des Innern, Herr Bundesrat Etter, gegeben hat,

bezweckt die neue Stelle ausschließlich die Intensivierung der Verbindung zwischen Regierung und Presse. Die Presse selbst soll „aus dem Bundeshaus und aus allen Verwaltungsstellen des Bundes rasch, richtig und in ausreichendem Maße informiert werden“

und die Regierung ihrerseits soll in der Lage sein,

„die Presse vertrauensvoll, periodisch und ständig über die gesamte Atmosphäre, über die politische, wirtschaftliche und moralische Situation aufzuklären und sie dadurch in Stand zu setzen, die einzelnen Maßnahmen aus dieser Gesamtschau heraus richtig zu interpretieren und zu kommentieren“.

Zu diesem Zwecke soll der Kontakt zwischen den Mitgliedern der Landesregierung und den Vertretern der Presse gefördert werden. Die Verbindungsstelle soll das Bindeglied sein. Sie ist selbst nicht publizistisch tätig und sie wird an die Presse keine verbindlichen Weisungen zu erteilen haben. Wie sie demnach einerseits durch verschiedene Mittel die Presse ständig informiert, so nimmt sie andererseits

„seitens der Presse Anregungen entgegen, die geeignet sein können, die Regierung und die Verwaltung zu organisieren, Verbesserungen im Informationsdienst herbeizuführen oder durch entsprechende Maßnahmen die moralische Widerstandskraft des Volkes zu stärken“.

Dergestalt ist nach langen Verhandlungen eine begrüßenswerte Einrichtung mit der Zweckbestimmung „Verbindung und Orientierung“ geschaffen worden, deren Aufgaben im einzelnen noch in der Form eines Pflichtenheftes näher umschrieben werden sollen. Daß aber bereits heute alle Voraussetzungen für eine zweckmäßige und damit befriedigende Funktion der neuen Stelle gegeben sind, dafür bürgt die begrüßenswerte personelle Besetzung dieser Stelle: Herr Dr. Max Neef verdient das uneingeschränkte Vertrauen aller, die Entwicklung und Lösung dieser Frage aufmerksam und in ernster Berücksichtigung der inneren und äußeren Aspekte verfolgt haben.

\* \* \*

Dem Monat Januar 1941 wird es wohl beschieden sein, in der Geschichte des gegenwärtigen Krieges einen besonders beachteten Platz einzunehmen. Wenn wir einst, nach Abschluß dieses Krieges, seine einzelnen Stappen betrachten werden und versucht sein mögen, sie zu würdigen, dann wird der vergangene Monat in dieser Betrachtung eine besondere Bedeutung beanspruchen als eine letzte oder vorletzte Zeitspanne der intensivsten militärischen, politischen und diplomatischen Vorbereitungen, die der Stunde der Entscheidung voranging.

Allein schon heute, mitten in einem Status täglich gesteigerter Spannung, wo wir unsere Betrachtungen naturgemäß nur anstellen können aus der Perspektive dessen, der, täglich näher kommend, das große Ungewisse erwartet, wird uns die Bedeutung des Januar 1941 klar. Und in der Reihe der mannigfachen Ereignisse dieses Monats erhebt sich als das entscheidende, vielleicht aber auch als das entscheidende des ganzen Krieges die mit rasender Beschleunigung intensivierte Entwicklung der Vereinigten Staaten in der Richtung auf den Kriegseintritt.

Am 6. Januar erging die Botschaft des Präsidenten an den Kongreß, welche das Maximum der praktisch möglichen Hilfeleistung an Groß-

britannien postulierte; zum ersten Mal wurde hier — durch den Antrag auf Verwendung amerikanischer Kriegs- und Handelsschiffe in den gesperrten Zonen des englischen Inselmeeres — das Risiko der direkten Kriegs- beteiligung eingegangen. Am 8. Januar setzte der Präsident die Flotte der Vereinigten Staaten auf Kriegszustand; am 10. Januar traf — ein Novum in der diplomatischen Geschichte — als persönlicher Emisfär des Präsidenten, außer der Reihe eines ordentlichen Botschafters, Herr Hopkins in London ein, der in der Folge und bis heute in seiner Haltung und in seinen Äußerungen die völlige Parallelschaltung mit dem kriegführenden Land kundgab. Am 15. Januar begannen vor den Ausschüssen des amerikanischen Kongresses in deutlich vorbereiteter Steigerung die Einvernahmen der amerikanischen Staatsmänner, die von Hull über Stimson und Bullit zu den aufsehen- erregenden Äußerungen des Marineministers Knox der letzten Tage überleiteten. Dazwischen erstaunte der ehemalige Londoner Botschafter Kennedy durch eine seltsame Wandlungsfähigkeit in der Richtung auf die Wünsche des Präsidenten, während andererseits alles getan wurde, um nachträglich die sensationellen Erklä- rungen des Kriegsgegners Lindbergh vom 23. Januar in der Erin- nerung und im Eindruck zu verwischen. Wie ein seltener Ehrengast wurde der neue britische Botschafter Lord Halifax auf dem eigens hergerüsteten neuen britischen Kriegsschiff von Roosevelt persönlich empfangen — ebenfalls ein Novum in der diplomatischen Geschichte — während Herr Willkie vom 26. Ja- nuar weg bis dieser Tage London und die Zerstörungen im Lande besichtigte und von der Haltung der englischen Bevölkerung aufs Tiefste beeindruckt erschien. (Reise und Haltung Willkies machen übrigens ganz den Eindruck einer Aktion pro domo: durch seine gefällige Reise hofft sich der Republikaner Willkie wohl in der Mei- nung des amerikanischen Volkes einen denkbar guten Platz zu sichern für den Tag, an dem Roosevelt zurücktreten sollte oder seine Amtszeit abgelaufen sein wird.)

Inzwischen verstärkt sich die diplomatische Unterstützung, welche die Vereinigten Staaten Großbritannien gewähren, zusehends. Hier ist zu ver- merken die Reise des amerikanischen Obersten Donovan nach dem Balkan; nichts hätte übrigens dem Reisenden den einfach-wirklichen Charakter dieser südeuropäischen Gefilde plastischer und eindrucklicher machen können als das Mißgeschick mit der Brieftasche, die ihm in jener Gegend „abhanden“ kam. In derselben Richtung wie diese Reise wirkt der Einfluß des amerikanischen Botschafters in Bich; er erscheint durch die tragischen Entwicklungen der verzweifelten französischen Politik der letzten Wochen und Tage leicht erkennbar.

Die britische Kriegspolitik ihrerseits tut alles, um die ameri- kanischen Entschlüsse zu fördern. Die immer schärfere und umfassendere Aktivität in Nord- und neuerdings auch in Ostafrika bezweckt nicht nur die allmähliche Gewichtsverminderung des immer deutlicher schwächeren Teiles der Achse — mit dem letzten Ziel seiner Ausschaltung —, sondern sie dient auch gegenüber den Vereinigten Staaten und den dort maßgebenden Kreisen als Beweis für die ungebrochene Vitalität Großbritanniens und für den Zusammen- halt des Empire, der deutlich in der Beteiligung zahlreicher Empire- Truppen bei den afrikanischen Aktionen zutage tritt. Das Ein- greifen der deutschen Luftwaffe hat übrigens den Fortgang der britischen Erfolge in diesen Bezirken bis heute nicht ernstlich zu behindern vermocht. Zwar erlitt die britische Flotte bei dem Angriff vom 10. Januar im

**Kanal von Sizilien beträchtliche Verluste.** Allein auch die deutschen Verluste an Flugzeugen scheinen dabei nicht unerheblich gewesen zu sein, ja den Erfolg zu einem gewissen Grade kompensiert zu haben, wozu auch die wiederholten britischen Luftangriffe auf Catania, den deutschen Luftstützpunkt in Sizilien vom 12./13., 20./21., 23./24. und 27./28. Januar beigetragen haben dürften. Wiederholt erfolgten deutsche Angriffe auf Malta. Eine erfolgreiche Aktion gegen britische Geleitzüge im Mittelmeer war seit dem 10. Januar nicht mehr festzustellen; man wird die weitere Entwicklung dieser zweifellos für England wichtigen Probleme abzuwarten haben.

Am 5. Januar wurde Bardia eingenommen, am 22. fiel Tobruk, am 30. Derna; die Zahl der Gefangenen hat sich beträchtlich erhöht und der weitere Angriff auf Benghazi schreitet vorwärts; die britische Flotte hat inzwischen, zumal in Tobruk, einen wertvollen Stützpunkt gewonnen.

Mit der Wiederbesetzung von Kassala im Sudan und einiger Punkte der Kenya-Grenze wurden zur Mitte des Monats die Aktionen in Ostafrika eingeleitet, die dem Anschein nach als letztes Ziel die Vertreibung der Italiener aus Abessinien bezwecken. Hierauf deutet auch die theatralische Beförderung des Negus auf den Limes seiner angestammten Gefilde hin. Durch die Besetzung der äußeren Punkte der erythraischen Bahn und die Annäherung an Asmara und Massaua sind die vereinigten Truppen des Empire diesem Ziel bereits näher gerückt.

Auf dem albanischen Kriegsschauplatz hat sich die Lage trotz zahlreicher heftiger Gegenangriffe seitens der Italiener, die zum Teil auch aus Rom bestätigt wurden, und in die man dort anscheinend gewisse Hoffnungen gesetzt hat, nicht wesentlich verändert. Dagegen bedeutet der Tod des griechischen Diktators Metaxas ohne Zweifel eine schwere Belastung der griechischen Sache, die sich besonders bei gelegentlichen Rückschlägen bemerkbar machen dürfte. Andererseits sind durch den ausgedehnten Aufenthalt des Generals Wavell in Griechenland die Beziehungen zu Großbritannien wohl verengert worden. Nicht ohne Bedeutung sind im übrigen die Generalstabsbesprechungen zwischen britischen und türkischen Offizieren, die 10 Tage dauerten, verschiedene Besichtigungen umfaßten und mit einem ziemlich deutlichen amtlichen türkischen Communiqué am 23. Januar abgeschlossen wurden.

Läßt sich demnach auf der britisch-amerikanischen Seite größte Aktivität im Hinblick auf die kommende Entscheidung feststellen, so sind die Mächte der Achse auch ihrerseits nicht müßig gewesen. Inwieweit diese Aktivität diplomatisch-politischer Natur ist, indem sie sich zum Beispiel auf dem Balkan den vereinigten britisch-amerikanischen Bestrebungen entgegenstellt, bleibt einstweilen unabgeklärt; die am 8. Januar abgeschlossene Reise des bulgarischen Ministerpräsidenten Ziloff nach Wien scheint in ihrer Bedeutung eher übertrieben worden zu sein, während andererseits als bemerkenswert das Communiqué der amtlichen russischen Telegraphenagentur vom 13. Januar festgehalten zu werden verdient, in dem mit Bezug auf Gerüchte über deutsche Durchmarschabsichten gegenüber Bulgarien festgelegt wurde, daß solche Pläne, wenn sie bestünden, „ohne Wissen und ohne Zustimmung der Sowjetunion“ gefaßt worden wären. Hier tauchte wieder, wie immer im östlichen diplomatisch-politischen Spiel der Achse, die unbekannte Größe Rußland auf.

Allein die Aktivität des deutsch-italienischen Bundes bewegt sich allem Anschein nach in der Hauptsache im Bereiche einer massiven Rüstung mit dem absoluten Schwergewicht Deutschland. Chronologisch wäre aus dem Bereiche der Achse zu vermerken die Zusammenkunft Mussolini-Hitler vom 20. Januar, bei der als bemerkenswert festgehalten werden muß, daß sie in Berchtesgaden stattfand. Am 21. Januar und in den folgenden Tagen erfolgten Erklärungen des japanischen Außenministers Matsuoka über die Gebundenheit Japans an den Dreimächtepakt mit verschiedenen Formulierungen, die sich nicht immer durch besondere Klarheit auszeichneten. Am 28. Januar sprach Großadmiral Raeder zum ersten Mal von der Verstärkung des Unterseebootkrieges, während als Höhepunkt die Rede Hitlers vom 30. Januar mit einer Verdeutlichung gerade dieses Aspektes hervorgehoben zu werden verdient. Bemerkenswert an dieser Rede war weiterhin eine erste oratorische Gegenaktion zu den intensivierten amerikanischen Bestrebungen in der Richtung auf den Kriegseintritt: die Feststellung, daß auch amerikanische Kriegs- und Handelsschiffe in der Sperrzone um Großbritannien den Angriffen der deutschen Unterseeboote ausgesetzt sein würden. Inzwischen hatte, um den 20. Januar, ein deutsch-amerikanischer Flaggenzwischenfall in San Francisco bereits zur weiteren Verschärfung der gegenseitigen Beziehungen beigetragen — eine Verschärfung, die nun auch — nach bisher gewahrter völliger Zurückhaltung — in der deutschen Presse mit allem Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht worden ist.

\* \* \*

Es sind uns dieser Tage Informationen von gut unterrichteter Seite zugegangen, die über die Beurteilung der weiteren Entwicklung durch objektive deutsche Stellen ungefähr das folgende Bild ergeben:

Deutschland hat vor allem im Ausbau der Unterseebootwaffe so Bedeutendes geleistet, daß hier kriegsentscheidende Ergebnisse erwartet werden können. Seit Monaten wird auf zahlreichen Werften an der Rüstung der Unterseebootwaffe unablässig gearbeitet, auch auf den Werften der französischen atlantischen Küste. In den vergangenen Wochen ist der Einsatz der Unterseebootwaffe mit Absicht zurückgehalten worden, woraus sich die Verminderung der britischen Schiffsverluste erklärt. Der Einsatz dieser gesamten Waffe steht für das Frühjahr in einem ungeahnten Ausmaß bevor und unsere durchaus objektiven deutschen Informatoren erwarten davon, in Verbindung mit der ebenfalls weiter ausgebauten Luftwaffe, eine annähernd völlige Absperrung Englands von seinen Zufuhren und damit die Entscheidung des Krieges. Durch diese Maßnahmen soll jede amerikanische Hilfe unterbunden werden. Nach den Berichten wäre die Invasionsabsicht vorerst zurückgestellt und würde nur als ultima ratio geplant, wenn der Unterseebootkrieg, durchaus wider Erwarten, nicht zum Ziele führen sollte.

Gelänge dagegen Deutschland keines von beiden im Laufe der kommenden Monate, so müßte allerdings die zukünftige Entwicklung auch vom deutschen Standpunkt aus skeptisch beurteilt werden. Soweit der deutsche Bericht zur deutsch-englischen Lage.

Was das französische Problem betrifft, das sich inzwischen rapid zuzuspitzen scheint, so wird in unseren Informationen versichert, daß Deutschland im

eigenen Interesse einem Kompromiß zustrebe und vor äußersten Maßnahmen zurückschrecke. Nach diesen Berichten soll sich Botschafter Abez, der übrigens mit einer Französin verheiratet ist, durchaus für eine Verständigung einsetzen; in Vichy seien aber starke amerikanische Einflüsse bemerkbar und vor allem hätten die Deportationen aus Französisch-Lothringen dort sehr verstimmt. Eine Befreiung der heute noch unbefetzten Teile Frankreichs wird von unseren Informanten als unwahrscheinlich bezeichnet, weil man auf deutscher Seite glaubt annehmen zu müssen, daß eine solche Maßnahme das Ausweichen der Regierung Bétain nach Nordafrika und damit, auch bezüglich der Flotte, gerade jene Lage zur Folge hätte, wie sie im Juni 1940 de Gaulle, Mandel und ihre Gesinnungsgenossen herbeizuführen gedachten.

Zürich, den 4. Februar 1941.

Jann v. Sprecher.

## Schweizerische Umschau.

**Eine welsche Zeitschrift: „Le Mois Suisse“. / Fragen und Sorgen des Gewerbestandes. / S. S. S. in floribus.**

Mit ihren literarischen Zeitschriften haben unsere Welschen kein Glück; die angesehenere Publikation „La Semaine littéraire“ ist schon vor vielen Jahren eingegangen. Um so achtenswerter will es uns scheinen, wenn sie trotzdem den Mut nicht sinken lassen und wieder neue Anstrengungen auf diesem Gebiete machen. So ist vor bald zwei Jahren — im April 1939 — die erste Nummer des „Le Mois Suisse“ herausgekommen, einer Zeitschrift, die sich im Untertitel als „Littéraire — Artistique — Politique — Economique — Scientifique“ charakterisiert, und deren Haltung wir seither aufmerksam verfolgt haben. Es entging uns dabei auch nicht die bezeichnende Wendung, welche sich letzten November mit der Annahme des weiteren Untertitels „Revue nationale et européenne“ vollzog. „Le Mois Suisse“ wollte sich damit offenbar unter Beibehaltung des schweizerisch-nationalen Rahmens gewissermaßen auch einfügen in die Gedankenwelt, welche zur Zeit Europa beherrscht. Oder die Zeitschrift will noch mehr: vom schweizerischen Boden aus will sie Trägerin und Verkünderin einer neuen europäischen Gesinnung sein. Unter der Schriftleitung von Philippe Amiguet sind bereits 22 ihrer farbenfrohen, handlichen Hefte erschienen, die nun zusammen mit den beiden anderen Publikationen „Vie (Art et Cité)“ und „Formes et Couleurs“ das welsche Geistesleben repräsentieren.

Gegenüber der jetzigen Zielsetzung ergibt die ursprüngliche, wie sie in Heft Nr. 10 festgelegt ist, eine gewisse Differenz: sie war enger. Damals hieß es: „Notre terre est petite, sa position géographique dangereuse, or précisément, pour cela, nous devons nous serrer les coudes, former une seule et belle équipe d'écrivains et de patriotes. Car le rôle de notre revue n'est point de séparer, mais bien de rassembler et d'unir. Nous voulons tous travailler pour la gloire d'une Suisse qui n'est ni française, ni allemande, ni italienne, mais la Suisse du 1<sup>er</sup> août 1291“. Wer hielt es bei dieser rein schweizerisch-nationalen Zielsetzung nicht für begreiflich, daß auch die Stiftung „Pro Helvetia“ dem „Le Mois Suisse“ unterstützend beizuspringen bereit war! Erst der letzte Herbst (Heft 19) brachte dann zu der nationalen hinzu noch die Einstellung auf die „europäische“ Gesinnung. Gleichsam durch einen Triumphbogen hindurch trat die Zeitschrift auf den neuen Plan: dieser Triumph-

bogen war ein Aufsehen erregender Aufsatz mit dem Titel „L'Europe de demain“, dessen Verfasser — sein Name soll P. Gentizon heißen — mit drei Sternen zeichnete. Im Wesentlichen zitieren wir daraus folgende schwerwiegenden Sätze zu Gunsten der von Deutschland und Italien gebildeten Achse: . . . „il est bien qu'il y ait à cette heure-ci une autorité s'étendant sur toute l'Europe . . . Autre avantage: l'autorité de l'axe est une autorité européenne . . . Actuellement . . . les intérêts de l'Italie et de l'Allemagne sont strictement ceux de notre continent . . . Cette autorité . . . est représentée en haut lieu par des hommes qui peuvent trancher les grandes problèmes de notre continent en dehors de toute influence parlementaire, financière, cosmopolite . . . La création d'une nouvelle Europe doit être avant tout un fait spirituel . . . Il s'agit pour les peuples européens de s'insérer spontanément dans l'ordre qui s'annonce. A l'œuvre . . .“ Wohl unter dem Eindruck der begonnenen Zusammenarbeit Frankreichs und Deutschlands hat sich „Le Mois Suisse“ mit diesem Aufsatz ganz für die Vorherrschaft der Achse in Europa ausgesprochen. Wiewohl der Schweizer Bürger sich ohne Weiteres dessen bewußt ist, daß er sich den Geschicken Europas nicht entziehen kann, verstoßt doch eine solche Tendenz, sich einer Macht zu unterwerfen, gleichermaßen gegen den gesunden Willen zur nationalen Selbständigkeit wie gegen den Grundsatz der Neutralität. Gleich in dem folgenden Hefte ist denn auch von anderer Seite dargetan worden, daß sich die europäische Solidarität auch anders äußern könne als in der Stellung unter eine Vormacht.

Von Anfang an — damals tauchte der Name Gonzague de Reynold noch häufig an der Spitze von Artikeln auf — spielte in der Zeitschrift die Politik der auswärtigen Staaten eine große Rolle. In großen Strichen gezeichnet, ergibt sich aus den zahlreichen Betrachtungen etwa folgendes Bild: Der Kampf gegen den Bolschewismus ist ein wichtiges Anliegen, das immerhin in jüngster Zeit etwas abgeflaut ist. In erleuchteter Sicht wurde seinerzeit schon das Zusammengehen Hitlers mit Stalin vorausgesehen. Für die Lage in Deutschland hat die Zeitschrift anfänglich wenig, später viel Verständnis aufgebracht, desgleichen für diejenige in Italien. Frankreich wurde zunächst politisch nicht sehr ernst genommen und nach seinem Zusammenbruch nur noch schwach gewürdigt. Gegenüber England läßt sich eine entschiedene Abneigung herausmerken; als nichtkontinentale Macht soll es die Hände von Europa fernhalten. Ein großer Artikel des bereits genannten \*\*\*-Verfassers behandelte z. B. „Le drame de l'Angleterre“.

Nach diesen querschnittlichen Betrachtungen bleibt es uns noch übrig, auf die innenpolitische und kulturpolitische Haltung des „Le Mois Suisse“ einzugehen. Etwa vor Jahresfrist wollte ich die Publikation als demokratisch, antibolschewistisch und antinationalsozialistisch bezeichnen. Heute dürfte man diese Charakterisierung wohl nicht mehr voll gelten lassen. Es sind starke Tendenzen vorhanden, auch unseren Staat totalitär und autoritär auszugestalten. Die Zeitschrift „Le Mois Suisse“ hat z. B. auch einen Artikel abgedruckt, der Bundespräsident Pilet-Golaz wegen seiner Unterredung mit Jakob Schaffner in Schutz nahm. Sind allerdings gewissen Bestrebungen nach größerer staatlicher Festigkeit und Gemeinschaft die Gründe nicht abzuspüren, so gehen wir natürlich mit einem aufgeschlossenen Föderalismus, wie er vertreten wird, durchaus einig. Kulturpolitisch ist hervorzuheben, daß „Le Mois Suisse“ für eine christliche, volkseigene und volksnahe, wissenschaftlich haltbare Kultur eintritt. Innerhalb des Christentums neigt das Zünglein an der Waage dabei mehr auf Seiten des Katholizismus, obschon auch der positive Protestantismus Würdigung findet. Vom St. Gotthardgebirge heißt es z. B.: „Mais, dans ce massif où quatre vallées ont creusé une croix, on ne peut être que chrétien, catholique.“ Zeitweilig erscheinen ansprechende Kulturbilder aus den verschiedenen eidgenössischen Ständen, wobei immer auf die historischen Wurzeln hingewiesen wird. Im Gebiete der Kunst endlich gibt die Schrift-

leitung offenbar der klaren künstlerischen Leistung den Vorzug gegenüber dem Entarteten; beispielsweise lasen wir einmal einen anerkennenden Aufsatz über gute Leistungen der neuen deutschen Kunst, während wir ein anderes Mal mit Genugtuung gewisse von der Stadt Basel erworbene entartete Kunst gebrandmarkt fanden.

So wenig sympathisch uns hiernach gewisse Eigenarten des „Le Mois Suisse“ — namentlich neuere — sind, so wenig können wir uns jedoch verhehlen, daß in dieser Zeitschrift bedeutende Gedanken gehegt werden.

\* \* \*

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Gewerbebestand die staatliche Hilfe bisher weit weniger in Anspruch genommen hat als die Industrie und die Landwirtschaft. Das mag davon herrühren, daß im Großen und Ganzen doch für das Gewerbe immer noch recht ordentliche Existenzbedingungen bestanden, aber ganz unzweifelhaft ist es auch der Tatsache zuzuschreiben, daß im Gewerbe der Wille zur Selbständigkeit, der Wille, seines eigenen Glückes Schmied zu sein, und die Abneigung gegen die staatliche Einmischung fest verwurzelt sind. Wir zögern daher nicht, diese Haltung als vorbildlich hinzustellen. Ein Staat ist um so fester gegründet, je mehr er sich auf selbständige Männer baut, und er ist um so schwächer, je mehr Existenzen sich von ihm in irgend einer Weise aushalten lassen.

Die vorbildliche Haltung des Gewerbebestandes schließt nicht aus, daß auch er seine Fragen und Sorgen hat. Bis zum Kriegsbeginn konzentrierte sich seine Aufmerksamkeit auf die in Beratung stehenden neuen Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung; es handelte sich um den Versuch, nochmals auf liberalem Boden die Verhältnisse von Handwerk und Gewerbe zu regeln. Indessen wurde mit der Generalmobilisation, wie sich der Gründer neuer gewerbepolitischer Gedanken, Dr. E. Anderegg in St. Gallen in der „N. Z. Z.“ ausdrückte (Nr. 1097/1940), „nicht nur die Diskussion abgeschnitten, sondern der Lauf der Welt Ereignisse ließ es Woche für Woche deutlicher erkennen, daß die geistigen Grundlagen, welche den neuen Wirtschaftsartikeln zugrunde gelegen haben, ihren Wert und ihre Bedeutung verloren.“ Bemerkenswert ist denn auch, wie heute von dieser führenden Seite — anstatt von Gewerbefreiheit und Konkurrenzkampf — geredet wird von Betriebsgemeinschaft, Arbeitsgemeinschaft und Berufsgemeinschaft, womit offenbar die künftigen Lebensverhältnisse des Gewerbebestandes in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Beziehung neu umschrieben werden sollen. (Vgl. auch die Schrift von Dr. Anderegg: „Schweizerische Gewerbepolitik auf neuer Grundlage“, erschienen bei Fehr in St. Gallen.) Angesichts dieser neuen Strebungen ist es allerdings kein Wunder, wenn die „Schweizerische Gewerbezeitung“ — wie eine längere Durchsicht ergibt — unter der Ägide der alten Gewerblergarde (Tschumi, Schirmer) noch nicht mit vollen Sprüngen mitgaloppiert, sondern den neuen Gedanken eher kühl und unschlüssig gegenübersteht. Trotzdem deuten aber alle Anzeichen darauf hin, daß der Gewerbebestand auf dem Wege ist, sich korporativ zu entwickeln.

In die Richtung auf das Korporationenwesen weist z. B. die „Private Gewerbehilfe“, welche in der Ostschweiz angebahnt wurde; durch gegenseitige Hilfe im Sinne Pestalozzianischer „Menschlichkeit“ sollen dabei zwei Ziele erreicht werden: „Die Erstarkung des Einzelnen an Leib, Seele und Geist und die objektive Sicherstellung des gewerblichen Wirtschaftsverfahrens“. Genauer besehen ist es einfach die christliche Berufsethik, die sich Bahn brechen will. Anderwärts drückt sich die Schicksalsgemeinschaft der Gewerbetreibenden in der Gründung von Bürgerschafts- und Treuhandgenossenschaften aus; durch gemeinschaftlichen Beistand soll den bedrängten Berufsgenossen Hilfe gebracht werden. Man denkt auch ernstlich an einen großzügigen Austausch von jungen Leuten (stagiaires) zur

Ausbildung in Beruf und Sprache innerhalb der Schweiz („Schw. Gewerbe-Zeitung“ Nr. 44/1940). Ferner wird die Sanierung der ungesunden Konkurrenz zwischen großen und kleinen Betrieben gesucht durch die Verbindung aller Geschäfte einer Branche, wobei es die Meinung hat, daß diese Branche dann selber die internen Verhältnisse ordne („N. Z. Z.“ Nr. 1316/1940). Eine solche Ordnung läßt sich jedoch nur durchführen, wenn der einzelne Branchenangehörige gewissermaßen in die Zucht des Branchenverbandes genommen wird. Dazu gehört der Zwang, allgemeine menschliche und berufliche Anforderungen zu erfüllen. Mit der Vorschrift des Meistertitels ist bereits seit einigen Jahren die „schmale Pforte“ geschaffen, durch die nun alle Inhaber von Gewerbebetrieben hindurch müssen. Nur schade, daß die Berufsverbände das Prüfungswesen samt und sonders dem Staate (Bunde) ausgeliefert haben, obschon es eine Zierde ihrer Tätigkeit gebildet hätte! Aber kaum haben sich die Meisterprüfungen eingelebt, da erwacht schon der Wunsch nach einem weiteren Schritte, nach der Einführung von Meisterregistern (N. Z. Z. Nr. 1240/1940). In diese Register sollen alle die Meister eingetragen werden, die bei Arbeitsvergebung der öffentlichen Hand berücksichtigt werden und Lehrlinge halten dürfen. Damit soll die Überzahl der Gewerbetreibenden beschränkt werden. Schon stehen wir also vor dem Numerus clausus im Gewerbewesen. Ich glaube aber, daß wir beim Meistertitel Halt machen und die Meisterregister ablehnen sollten, weil sie wahrscheinlich auf eine Unterdrückung vieler lebensfähiger Existenzen hinausliefen. Der Beweggrund für das Anstreben eines Meisterregisters liegt natürlich zum großen Teil in einigen Mißständen des öffentlichen Submissionswesens, die der Präsident des Schweiz. Baumeisterverbandes, Dr. Cagianut in der „Gewerbe-Zeitung“ (Nr. 1 ff. 1940) wie folgt schildert: „Heute ist leider der Einfluß der billigsten Offerte auf die vergebende Stelle noch übermächtig; man beurteilt vielfach die Preise stark gefühlsmäßig oder mit Zuhilfenahme von unbrauchbarem Vergleichsmaterial, anstatt sich frei zu machen von dieser falschen Grundeinstellung und die Prüfung nach unvoreingenommener, analytischer Methode durchzuführen.“ Das mag stimmen. Trotzdem bringt die Einführung eines Meisterregisters Gefahren mit sich, die seine Vorzüge weit in den Hintergrund treten lassen: die Gefahr, daß sich eine abgeschlossene Berufskaste bildet, und die Gefahr, daß der Staat — mit Kollektivofferten — objektiv übervorteilt wird. Irrren ist ja auch hier sehr menschlich, und die Berechnungsstellen der Berufsverbände, die in den Submissionsapparat eingeschaltet werden sollen, sind vor Irrtümern trotz Zuerkennung allen guten Willens nicht gefeit.

So stehen wir also heute vor einer Umwälzung im Gewerbewesen. War bisher unter der liberalen Wirtschaftsordnung der Berufsverband prinzipiell bloß ein Mittel zur Beförderung der Interessen des Einzelnen, so ist er heute im Begriffe, eine Lebens- und Dienstgemeinschaft im Volke und für das Volk zu werden. Es gilt für den Berufsverband zu entscheiden, ob sich der Einzelne freiwillig in die höheren Zwecke einfügen oder sich gezwungenermaßen der Zwangsgewalt aussetzen will. Ganz richtig hat es Direktor Dr. Willi im Namen der Bundesbehörden letzten Herbst an der Delegiertenversammlung des Schweizerischen Gewerbeverbandes ausgesprochen: „Wenn wir der staatlichen Diktatur in der Wirtschaft entgehen wollen, muß die verantwortungsbewußte Mitarbeit jedes Einzelnen in den Vordergrund treten, und sie kann sich nur in den Verbänden entwickeln und verwirklichen“.

\* \* \*

„Von Zeit zu Zeit seh' ich den Alten gern“ möchte man mit Mephistopheles sagen, wenn man gelegentlich wieder einmal dem Sanierungsproblem der Schweizerischen Bundesbahnen begegnet. Einem jung gebliebenen Greise vergleichbar, taucht diese Frage immer wieder auf, und sie ist kaum umzubringen. Es war im Märzheft des Jahres 1938, als ich an dieser Stelle

das letzte Mal darauf zu schreiben kam. Damals hatte eben der Nationalrat das ihm zwei Jahre zuvor vom Bundesrate vorgelegte *Bundesbahngesetz* durchberaten mit dem Erfolge, daß die eigene Rechtspersönlichkeit der *SB* verworfen, die Zuweisung der Besoldungsordnung für die Bundesbahner an den Bundesrat (anstatt an die Bundesversammlung) abgelehnt und das Defizit der Pensions- und Hilfskasse dem Bunde übertragen wurden. Bekanntlich hat dann ja das Schweizer Volk die Sanierung der Pensionskasse, jene sog. „Verständigungsvorlage“, am 3. Dezember 1939 mit großer Mehrheit mißbilligt. Weder in der allgemeinen rechtlichen noch in der finanziellen Sanierung ist seither etwas weiteres gegangen. Man wird daran mit Recht den außerordentlichen Kriegsverhältnissen die Schuld geben. Das stimmt jedoch nur zum Teil. Zum anderen Teil liegt das Ruhen der Sache in der Materie begründet. Nach und nach ist beim Schreibenden die Überzeugung reif geworden, daß eine Sanierung der Bundesbahnen entweder gar nicht oder dann nur durch eine Art rücksichtslosen Gewaltstreich zu Stande komme. Unter den heutigen parlamentarischen Verhältnissen dürfte eher der Bund in äußerste finanzielle Bedrängnis geraten, als daß die Parteien sich zu einer angemessenen, haltbaren Lösung, die dem Volke nicht übermäßige Lasten aufbürdet, zusammenfinden. Derzeit hört man allerdings gerade davon, daß die im Jahre 1938 stecken gebliebenen Beratungen vom Ständerat wieder aufgenommen werden sollen.

Man braucht nun kein Prophet zu sein, um voraussagen zu können, daß die Reorganisation während der jetzigen *Hochkonjunktur*, welche die *SB* dank dem Mangel an Motortreibstoffen erleben, keine *Gile* habe. Diese *Hochkonjunktur*, die Unsicherheit der Zeitläufe, die Unübersichtlichkeit der Finanzverhältnisse und die Scheu, das Bundespersonal irgendwie vor den Kopf zu stoßen, werden das ihrige dazu beitragen, daß man nicht mit der Tür ins Haus hinein fährt. Tatsächlich kommen unsere Bundesbahnen von zwei guten Geschäftsjahren her. Das Jahr 1939 nämlich brachte in der Betriebsrechnung bei 361,2 Millionen Einnahmen und 223,9 Millionen Ausgaben einen Überschuß von nicht weniger als 137,3 Millionen, so daß sogar die Gewinn- und Verlustrechnung wieder einmal mit einem Gewinn von 7,5 Millionen prunken konnte. Wie nun die letztjährige Rechnung ausfällt, wissen wir noch nicht, aber auch sie dürfte ebenfalls ein ansehnliches Ergebnis aufweisen, wenn schon ein Defizit von 26,6 Millionen vorangeschlagen wurde. Die Haupteinnahmen fließen dabei nicht etwa aus dem Personenverkehr, sondern aus dem Güterverkehr, der heute ja fast gänzlich auf den Schienenweg angewiesen ist. Die *optimistische Stimmung*, die sich deshalb wieder oben auf geschwungen hat, äußert sich z. B. in dem Budget für das Jahre 1941. Die „Schweiz. Handels-Zeitung“ stellt ihren Kommentar dazu denn auch begründeterweise unter den Titel „Sanieren, nicht frisieren!“

Ja, die *Sanierung* der *SB* erheischt nach wie vor alle Aufmerksamkeit. Über kurz oder lang wird wieder der alte Zustand eintreten, daß sich der Verkehr zu einem großen Teile auf der Straße abspielt. Gleichzeitig dürfte dann auch der Bund am Ende seiner Kräfte sein. Wenn jetzt aber anstatt der Sanierung immer wieder Defizit auf Defizit gehäuft wird, gerät der Bund in eine immer heiklere Lage. Dabei ist die Sanierung der Bahnen eine Aufgabe, die der *Sanierung* der übrigen Bundesfinanzen vorausgehen muß, weil von ihrer Durchführung die übrigen Maßnahmen abhängen. So wie man sich die Sanierung heute denkt, bestände sie darin, daß der Bund den *SB* einen Großteil ihrer Schuldenlast definitiv abnähme und ihnen überdies ein variabel, je nach dem Betriebsergebnis verzinssliches Dotationskapital überließe. Dazu hat Generaldirektor Dr. Meile in seiner jüngsten Zürcher Rede über „Die Dynamik der Schweizerischen Bundesbahnen“ erklärt: „Es ist unsere Pflicht, dem Volk in aller Öffentlichkeit zu sagen, daß der Staat und mit ihm der Steuerzahler *D p f e r* für die Sanierung der Bundesbahnen wird bringen müssen. Diese Opfer wären zu einem größeren Teil vermeidbar, wenn die *SB* von der Pflicht entbunden

würden, im Dienst der ganzen Volkswirtschaft zu wirken. Eine Bahn und gar eine Staatsbahn wird jedoch nie den reinen Renditenstandpunkt einnehmen dürfen; es muß also bei der angedeuteten Lösung bleiben.“ So richtig es nun sein wird, daß eine Bahn immer auf die Mithilfe der öffentlichen Hand angewiesen ist, so fragt man sich doch, welche Opfer im obigen Sinne vermeidbar wären und ob nicht eine Sanierung getroffen werden könnte, die auch das Personal an den besseren oder schlechteren Betriebsergebnissen teilnehmen ließe, etwa so wie der Bauer und der Kaufmann und der Fabrikarbeiter gute und schlechte Zeiten durcheinander in Kauf nehmen müssen.

Der geschilderte Sanierungsplan beruht auf der Voraussetzung, daß die SBB eigentlich nicht krank seien. Das hörte man schon im Jahre 1938, und man hörte es kürzlich wieder von Generaldirektor Meile: „Der Betrieb der Bundesbahnen ist gesund; noch nie haben sie mit einem Überschuß der Betriebsausgaben abgeschlossen . . . 1938 war der Betriebskoeffizient, das heißt das Verhältnis der Betriebsausgaben zu den Betriebseinnahmen, mit 71 der günstigste von allen wichtigeren Bahnen Europas . . .“ Aber die Bundesbahnen seien zu stark mit Kapital, besonders festverzinslichem Obligationenkapital, belastet. Zu dieser Gesunderklärung läßt sich immerhin bemerken, daß sie einerseits auf sehr hohen Tarifen beruht und andererseits, daß die Betriebsrechnungen durch die Kapitalaufwendungen zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung je und je stark entlastet wurden.

Bülach, am 31. Januar 1941.

Walter Hildebrandt.

# Kultur- und Zeitfragen

## Erinnerungen an Prof. Gagliardi.

Zu seinem Todestag — 22. Januar 1940.

Nun ruht dieser Meister unserer Geschichtsschreibung schon ein ganzes Jahr in der stillen Granitlandschaft ennetbirgischer Heimat. Er braucht nicht weiter Kenntnis zu nehmen vom Zerstörungsjieber, das sein geliebtes Europa schüttelt. Oft genug hat vormalig den Lebenden die Vision von den „Scheußlichkeiten“ moderner Vernichtungstechnik bedrückt. — Es ist nicht so einfach, die rechte Sammlung zu finden für die Erinnerung an den toten Lehrer. Vielleicht müßte man auf dem kleinen Dorffriedhof von Prato stehen und die Abgeklärtheit jener anspruchslosen Welt auf sich wirken lassen.

Meine ersten Erinnerungen an Prof. Gagliardi fallen in die Schulzeit. Ich erwähne es deshalb, weil mit mir all die vielen Zürcher Gymnasiasten der zwanziger Jahre den bekannten Historiker gesehen haben, wenn er im dunkelblauen Anzug zu den Prüfungslektionen der Lehramtskandidaten erschien, vornehm, südlich dunkel, den rundkräftigen Kopf tadellos gebürstet. — Später sah ich den Professor im Hörsaal wieder, wie er an Hand unscheinbarer Stichwortblätter sprach. Den Anfängern wurde es nicht immer leicht, zu folgen. Erst allmählich wuchs das Verständnis für die Tiefen des Vortrages. Erstaunlich wirkte die abgeklärte, leidenschaftslose Art der Betrachtung. Dabei war Gagliardi ein Mann von ausgesprochenen Sympathien und Antipathien. In privaten Gesprächen konnte das deutlich zum Ausdruck kommen. Die Vorlesungen Gagliardis brachten dem Hörer immer wieder zum Bewußtsein, daß alles seine zwei Seiten hat und daß man sich